

Allezeitige Landeszeitung für die Provinz Sachsen.

Nr. 24.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 1903.

Verlagspreis für Halle und Querfurt 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für den Vertriebsort. — Druck- und Anstaltsgebühren 1,50 Mk. — Die Geschäftsleitung erachtet es für angemessen, die Druck- und Anstaltsgebühren für den Vertriebsort (Halle) zu 2,00 Mk. zu belassen. — Druck- und Anstaltsgebühren für den Vertriebsort (Querfurt) zu 2,50 Mk. zu belassen. — Druck- und Anstaltsgebühren für den Vertriebsort (Magdeburg) zu 3,00 Mk. zu belassen. — Druck- und Anstaltsgebühren für den Vertriebsort (Halle) zu 2,00 Mk. zu belassen. — Druck- und Anstaltsgebühren für den Vertriebsort (Querfurt) zu 2,50 Mk. zu belassen. — Druck- und Anstaltsgebühren für den Vertriebsort (Magdeburg) zu 3,00 Mk. zu belassen.

Verlagspreis für Halle und Querfurt 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für den Vertriebsort. — Druck- und Anstaltsgebühren 1,50 Mk. — Die Geschäftsleitung erachtet es für angemessen, die Druck- und Anstaltsgebühren für den Vertriebsort (Halle) zu 2,00 Mk. zu belassen. — Druck- und Anstaltsgebühren für den Vertriebsort (Querfurt) zu 2,50 Mk. zu belassen. — Druck- und Anstaltsgebühren für den Vertriebsort (Magdeburg) zu 3,00 Mk. zu belassen.

Geschäftsstelle in Halle a/S. Leipzigerstr. 27.
Telephon Nr. 123.
Erschließung: Dr. Walter Gehlen in Halle a/S.

Donnerstag, 15. Januar 1903.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 2.
Telephon-Nr. Vln Nr. 1144.
Send- und Verlag von Otto Ziehe in Halle a/S.

Deutsches Reich.

Halle, 15. Januar 1903.

Die Errichtung eines königlichen Residenzschlosses in Posen wird, wie schon kurz mitgeteilt, durch den neuen Etat tatsächlich in die Wege geleitet werden. Für die Vorarbeiten dazu sind im Etat des Staatsministeriums 50 000 Mark ausgeworfen. Ueber die Gesamtkosten verläutet noch nichts, da noch kein Bauprojekt vorliegt. Die 50 000 Mark sind für die Ausführung eines Bauplanes und zur Unternehmung des in Aussicht zu nehmenden Baugeländes bestimmt, das durch die Wiederlegung der Umwallung von Posen geschaffen werden dürfte. Die Forderung wird damit begründet, daß man von einem regelmäßigen Verweilen des Kaiserpaares in der Provinz Posen und besonders in deren Hauptstadt eine Stärkung des patriotischen Empfindens der Bevölkerung und eine innigere Verbindung der Provinz mit der Monarchie erwartet. Keuziger soll das Residenzschloß — und auch das wird entweder in der Begründung des Etats oder bei der mündlichen Vertretung der Forderung seitens der Regierung ausgeführt werden — als ein sichtbares Wahrzeichen der unüberwindlichen Zusammengehörigkeit der Provinz Posen mit Preußen und dem Reiche gelten.

Zur Reichstagswahl in Danzig. Die am Dienstag vollzogene Reichstagswahl in Danzig für den verstorbenen Abgeordneten Nider ist entscheidende Ueberrassungen nicht gebracht, sondern, wie wir bereits kurz mitteilen, das Resultat einer Schmägl zwischen der freisinnigen Vereinigung und der Sozialdemokratie ergeben. Die Aussichten des konservativen Kandidaten mußten naturgemäß erheblich sinken, als das Zentrum mit seinen 8000 Stimmen Abhaltungsfähigkeit proklamierte. Dennoch sind die konservativen Stimmen von 2068 im Jahre 1898 auf 4282, also um 1314, gewachsen. Sie blieben hinter den sozialdemokratischen nur um 1286 zurück. Wenn also nur die Hälfte der 1898 abgegebenen 3088 Zentrumstimmen noch hinzugekommen wären, würde die Sozialdemokratie aus der Stichwahl gehoben worden sein. Die Sozialdemokraten sind von 3822 (in der Stichwahl 1898: 4976) auf 5568 Stimmen gekommen, haben also um 1746 (bzw. 597) zugenommen. Im wesentlichen erfolgte dieses Wachstum auf Kosten der freisinnigen Vereinigung, welche von 7231 auf 6176 Stimmen zurückging. Kann es einen zweifelhaften Beweis geben, daß der Freisinn die Fortschritt der Sozialdemokratie ist? Die Polen brachten für ihre Kandidatur eine annähernd gleiche Stimmenzahl wie 1898 auf, nämlich 329, gegen damals 310. Die 1898 abgegebenen 388 antiesemischen Stimmen mögen zum Teil den Konservativen zugute gekommen sein. In der Stichwahl wird, da die Konservativen für den Freisinn stimmen werden, der letztere ebenfalls den Sieg bekommen. Wenn wirklich der Unterschied zwischen freisinniger Vereinigung und Sozialdemokratie heute auch minimal ist, so bleibt doch die Verbindung einer sozialdemokratischen Wahl weit wichtiger als die Rettung eines Sieges für eine im Niedergange befindliche Richtung.

Seine Erhöhung der Beamtengehälter. Im preussischen Landtage hat der Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben am gestrigen Mittwoch erklärt, es sei bei der überaus unangünstigen Finanzlage notwendig, von einer Erhöhung der Beamtengehälter abzusehen. Die Regelung der Beamtengehälter müsse als abgelehnt betrachtet werden.

Seine Majestät der Kaiser nahm Dienstag vormittag die Meldungen des Generalleutnants Grafen von Alton-Loeben, des Generalleutnants von Schubert und des Gouverneurs von Deutsch-Schlesien, Grafen von Gigen, entgegen, sowie die Meldung des neuernannten sächsisch-nachpreussischen Marine-Attache, Kapitän Kraus, und empfing hierauf die den Kronprinzen nach Ausland begleitenden Offiziere, nämlich Generaladjutant von Wolke, Kommandeur des Kaiser Alexander-Garde-Regiments-Regiments Nr. 1 von Schend, den Kommandeur des Husaren-Regiments Kaiser Nikolaus von Ausland Oberstleutnant Freiherrn von Späcker, den Kommandeur des Kavallerie-Regiments Kaiser Nikolaus I. von Ausland Oberstleutnant von Scherwin und den Flügeladjutanten Major von Fredeberg. — Zur Reichstagswahl bei den Majestäten waren geladen: Prinz und Prinzessin Hiron von Gurland, Fürst zu Salm-Pringshof, Herzog von Gray und Major von Hugo. Nachmittags unternahm beide Majestäten eine Ausfahrt nach Schloß Bellevue; Se. Maj. sprach demnach bei dem russischen Botschafter vor. Mittwoch morgen unternahm beide Majestäten einen Spaziergang im Tiergarten. Der Kaiser hatte Johann eine Unterredung mit dem Reichskanzler Grafen von Bülow in dessen Palais, hörte im königlichen Schloß den Vortrag des Stellvertreters des Chefs des Zivilkabinetts Geh. Oberregierungsrats von Valentini und empfing den Hrn. Geh. Rat Dr. Kinkel, Unterstaatssekretär im Justizministerium.

Der Kronprinz wird auf seiner Mittelmeerreise auch Jerusalem besuchen. Die Rückreise soll über Ägypten und Italien gemacht werden. Die Dauer der Reise ist auf 7 bis 8 Wochen berechnet.

Abreise des Kronprinzen nach Ausland. Der Kronprinz hat mit den Herren seines Stabes und den zur Begleitung bestimmten Herren Mittwoch Abend um 11 Uhr 3 Min. von Bahnhof Friedrichstraße aus mit Sonderzug die Reise nach St. Petersburg angetreten. Der Kaiser begleitete den

Kronprinzen bis an den Waggon und verabschiedete sich hierauf das herrliche Feuer waren der russische Botschafter Graf Osten-Sacken und die Herren der russischen Botschaft erschienen.

Die Forderung in dem Besinden des Königs von Sachsen macht unverfehlbare Fortschritte

Demokratische Duelle. Verschiedene Blätter geben eine Nachricht der „Dau. Allg. Ztg.“ wieder, der zufolge nach dem Zustandekommen des Zolltarifs Graf Bülow dem Kaiser eine große Ordensliste für die Beamten eingereicht habe, die an der Zollarbeit teilgenommen hätten. Der Kaiser habe jedoch den Antrag des Reichskanzlers abgelehnt und es bei Auszeichnungen für den Grafen Bülow, den Grafen Polodowsky und den Freiherrn v. Thielmann bewenden lassen. Dazu wird uns aus Berlin geschrieben: Es ist merkwürdig, daß von demokratisch-liberaler Seite das angelegte Ausbleiben kaiserlicher Ordensbescheide für die im das Zustandekommen des Zolltarifs in erster Linie bemüht gewesen Reichsbeamten bemängelt wird. Bei vergleichenden Vergleichen wird darauf hingewiesen, daß die Leser Ihnen versetzen haben, daß nach der Verabschiedung der Tarifvorlage der Kaiser den Reichskanzler Grafen Bülow in der wärmsten Weise beglückwünscht, ihm die Rolle des Hohenzollernischen Hausordens verliehen und überdies die Chefs der drei beteiligten Reichsbehörden, den Grafen Polodowsky und die Freiherrn v. Thielmann und v. Nidhosen, mit hohen Ordensauszeichnungen bedacht hat. Demnach gingen den demokratischen Duelle diese Ordensauszeichnungen schon zu weit. Jetzt wird wieder gemeldet, weil angeblich nicht genug Orden verliehen sind, — eine aus demokratisch-liberaler Munde ebenfalls seltsame Frage. Und auf diese Weise will man dem Publikum weismachen, daß der Kaiser in den wirtschaftlichen Fragen heimlich auf der Seite der liberalen Opposition stehe. Der liebe Wille ist unvollständig. Die Krone ist sehr genau darüber unterrichtet, daß dieselben Elemente, die vom Kaiser erwarten, er werde ihnen wirtschaftlich die Kasernen aus dem Feuer holen, falls auf der Lauer liegen, um die verfassungsmäßigen Rechte der kaiserlichen Gewalt zu gunsten einer fortschreitenden Demokratisierung der Reichsbehörden zu verteidigen und zu beschützen.

Dem Kaiserwahlgesetz ging der Gesetzentwurf zu, der den Finanzminister ermächtigen soll, den Eßigbeitrag des Jahres 1901 im Anleihenwege durch Veräußerung von 37 093 562 Mk. Schuldverschreibungen zu beschaffen. — Ferner ging ihm der Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes betreffend Wohnungsgeldzuschüsse an mittelbare Staatsbeamten zu. Danach soll ab 1. Nov. 1902 bei Berufung einer Dienststelle des Wohnungsgeldzuschusses zur Ermittlung 1 bis 4 angesetzt werden, dafür im bezüglichen Tarife Serwitastische 5 feststellen.

Die auf den 14. Januar im Reichsjournale anberaumt gemeinsame Konferenz zur Reform der Strafprozedur ist, wie zweifelsfrei verläutet, auf den 10. Februar d. J. verschoben worden. In derselben nehmen teil: a. die Reichsjustizminister, b. die Reichsjustizminister, Dr. Winter, Dr. Dierker, Dr. Hoffmann.

Eisenbahn-Strafmann-Vertrag. Im Sommer des vorigen Jahres ist bekanntlich die Eisenbahn-Strafmann-Vertrag eröffnet worden. Die Bedeutung dieser Eisenbahn liegt darin, daß nunmehr der Hauptteil des Schuppenverkehrs mit dem Sieg des Bewegungsmittels in schneller, sicherer und billiger Verbindung erfolgt ist. Das bisher übliche Verfahren, bei dem Schuppenverkehr hat sich hierzu unzulänglich gezeigt und brachte im Jahre 1897 häufiger der Rinderpest ganz zu verlegen. Die Gefahr gab den Anstoß zum schmerzlichen Bau der Bahn, welche als Schuppenverkehr mit Hilfe einer Reihe von der Eisenbahnbrücke zur Verfügung gestellter Offiziere und Unteroffiziere nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten nunmehr glücklich vollendet worden ist. Die von den Beteiligten an den Tag gelegte Forderung bei dem Werke, welches die größten Anforderungen an Gesundheit und Arbeitsleistung stellt, hat nunmehr auch die Allerhöchste Anerkennung gefunden. Es sind, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ mitteilt, am Anlaß der Bahnvermittlung den bei der Württemberg an diesem für die Entlohnung des Schuppenverkehrs von Deutsch-Schlesien in nächsten Unternehmen besonders beteiligten Beamten und Offizieren Ordensauszeichnungen verliehen worden.

Der preussische Staatshaushaltsetat für das Jahr 1903.

Für das Etatsjahr 1903 sind die ordentlichen Einnahmen des Staates auf 2 602 205 930 Mk., die Ausgaben im Ordinarium auf 2 516 369 633 Mk., im Extraordinarium auf 158 536 297 Mk., zusammen auf 2 674 905 930 Mk., mit ab die Einnahmen im Extraordinarium auf 2 700 000 Mk., bis zu dem durch die Einnahme einer Nullstelle zu bedien sein. Der Betrag der letzteren ist behufs Balanzierung des Staatshaushaltsetats in den Etat der allgemeinen Finanzverwaltung als außerordentliche Einnahme eingeleitet.

Gegenüber den Veranschlagungen für das laufende Etatsjahr bestimmt sich für 1903 die Einnahmen um 11 961 214 Mk. und zwar ergibt sich ein Mehrer von 18 938 353 Mk. bei den Betriebsverwaltungen, dagegen ein Mehrer von 446 244 Mk. bei den Dotationen und der allgemeinen Finanzverwaltung und von 6 528 895 Mk. bei den Staatsverwaltungen (Einnahmen), während die Ausgaben im Ordinarium um Mehrer von 48 912 549 Mk. und (jwar 25 755 537 Mk. bei den Betriebsverwaltungen, 6 376 956 Mk. bei den Dotationen und der allgemeinen Finanzverwaltung und 1 679 968 Mk. bei den Staatsverwaltungen (Ausgaben) anwachsen; im Extraordinarium ergibt ein Mehrer von 11 928 327 Mk.

Die einzelnen Einnahme- und Ausgabeleistungen sind demnach: beim Landwirtschafministerium auf 106 452 974 Mk. (Plus 7 693 500), beim Finanzministerium 397 087 200 Mk. (Plus 5 239 200), davon direkte Steuern 215 613 100 Mk., indirekte Steuern 88 228 000 Mk., Lotterien 89 922 000 Mk., Seehandlungsbeitrag 2 066 600 Mk.; Handelsministerium 195 337 493 Mk. (Plus 2 243 250); Eisenbahnministerium 2 079 193 096 Mk. (Plus 18 938 353); Dotationen und allgemeine Finanzverwaltung 449 276 896 Mk. (Plus 73 146 244); Staatsverwaltungsbeamten 8 890 443 Mk. (Plus 159 412); Kaiserliche Hofverwaltung 4 698 673 Mk. (Plus 1 241 185); Kultusministerium 6 365 192 Mk. (Plus 1 083 942) und Kriegsministerium 300 Mk. Die Summe der Einnahmen beträgt somit 2 674 905 930 Mk. (Plus 60 738 760).

Die Ausgabeleistungen betragen bei Dotationen und Fortsetzungen 49 723 140 Mk. (Plus 2 248 270); Finanzministerium 134 568 500 Mk. (Plus 2 424 950); von diesem Mehrer entfallen auf die Lotterien 1 760 500 Mk. Es hat sich nämlich das Bedürfnis herausgestellt, den Spielplan, insbesondere bezüglich der mittleren Gewinne günstiger zu gestalten und zu diesem Zweck unter Berücksichtigung des Preisverfalls für jede Klasse eine fünfte Klasse einzuführen, die auf der Einlagegewinne und damit die Spiellose herabzusetzen und die Zahl der Stimmabgabe entsprechend zu vermehren. Hierdurch wird das Spielkapital jeder Lotterie von 32 545 500 Mk. auf rund 33 950 000 Mk. erhöht. Die hieraus sich ergebende Mehrerinnahme des Staates von etwa 400 000 Mk. soll aber den Spielern in Form einer Prämie wieder zugute kommen. Der hieraus aufgekante neue Plan wird mit der im Laufe des Etatsjahres beginnenden 209. Lotterie in Wirksamkeit treten. Bezg. Güten- und Sollenverwaltung 169 779 584 Mk. (Plus 9 988 550); Eisenbahnverwaltung 1 248 914 662 Mk. (Plus 25 755 537); Dotationen 228 663 416 Mk. (Plus 1 308 301); allgemeine Finanzverwaltung 425 762 962 Mk. (Plus 5 068 850); Staatsministerium 11 790 311 Mk. (Plus 185 935); Kultusministerium 554 700 Mk.; Finanzministerium 114 572 710 Mk. (Plus 3 969 963); Kriegsministerium der öffentlichen Arbeiten 33 933 512 Mk. (Plus 607 393); Handelsministerium 15 138 667 Mk. (Plus 787 492); Justizministerium 116 772 400 Mk. (Plus 1 116 400); Ministerium des Innern 78 329 913 Mk. (Plus 3 578 755); Landwirtschaftliche Verwaltung 26 813 816 Mk. (Plus 1 631 198); Kultusministerium 153 984 567 Mk. (Plus 4 637 997); Kriegsministerium 14 908 988 Mk. Die Summe der dauernden Ausgaben beträgt somit 2 516 369 633 Mk. (Plus 48 912 549). (Fortf. folgt.)

Deutscher Reichstag.

237. Sitzung vom 14. Januar 1903, 1 Uhr.
Am Bundesratspräsident: Graf v. Posadowski.

Die Beratung über den vom Reichstag gestellten Resolutionsentwurf fortgesetzt. Die Kommission hat folgende Resolution angenommen: „Der Reichstag wolle beschließen: Mit Rücksicht auf die Erklärungen des Reichstages der verbundenen Regierungen, in Bezug auf die Hölzlinge in der Nummer 237: feierliche verfassungsmäßige Verbindlichkeiten anderer Staaten gegenüber eingehen zu wollen, die verbundenen Regierungen zu erziehen, mit möglichster Beschleunigung in eine Erwägung darüber einzutreten, ob nicht durch Entziehung der Hölzlinge für die Hölzlinge ein erhebliches und gerechtes Interesse der Bevölkerung der Schaffung einer inländischen Holzindustrie möglich und wirtschaftlich geboten sei und bei entsprechender Einwirkung des Reichstages die entsprechende Entzerrung vorzuziehen.“

Herr Wurm (Sog.): Wenn die vorstehende Resolution durchgeführt würde, werden die Arbeiter die unbilligen Folgen durch die Entziehung der Hölzlinge zu empfinden. Die Regierung der Hölzlinge wird schon jetzt energig gegen die Regierung der Hölzlinge und sich nicht darum, eine heimische Industrie zu schaffen, sondern um einen Ausweg, durch den einige Arbeiter den Profit haben wollen. Es ist nachgewiesen, daß eine inländische Holzindustrie nicht unabhängig von Amerika machen kann. Der Reichstag soll für eine den ungeduldeten Finanzlage, die es gibt, weil er den letzten Mann am meiste befaßt. Es kann dem deutschen Volke ganz egal sein, ob es von deutschen oder amerikanischen Kapitalisten ausgeplündert wird. (Der Reichstag) für diese nationale Politik hat das deutsche Volk nicht das geringste Bedürfnis.

Herr v. Deth (n.): Die Ausführungen des Reichstages sind aus Mangel an Information entstanden. Unter Antrag ist in der Kommission durchgeföhren gerade wegen des Widerspruches des Bundes der Landwirte (höchst hülft bei dem Reich), welcher der Meinung war, daß durch unsere Antrag eine Verschlingung des Reichstages zum Nachteil der Exportindustrie herbeigeföhrt würde, also die sogenannten Holzexporter, die die Exportindustrie benötigen, haben das Gegenteil von dem getan, was Herr Wurm behauptet. Herr Wurm behauptete nämlich, wir wollten, daß die Preise von einigen deutschen Exporteuren sinken würden. Wer sinken denn aber heute die Preise? Doch lediglich die Holzpreise! Es ist sicher, daß durch die Exportindustrie und seine heimische Holzindustrie 40 000 Arbeiter mehr beschäftigt werden können, was auch nachherichtig, daß durch die Exportindustrie auch gewisse Nebenprodukte, wie das Holzguth gefertigt werden. Ich hoffe, daß auch der Abgeordnete Wurm praktische Vorschläge machen wird, den mächtigsten aller Dinge zu bekämpfen. (Reichstag) Reichstag.

Unterstaatssekretär v. Hülshoff (Hülshoff verständig): Die Regierung hat stets hervorzuheben wollen eine Differenzierung geltend gemacht; sie steht noch immer auf demselben Standpunkt. Die Schwierigkeit liegt bei der geschiedlichen Unterscheidung, und darin, daß eine höhere Schätzung unserer heimischen Holzindustrie ein Folge einer Differenzierung zu föhren ist. Unter diesen Umständen kann ich mir von der Annahme der Resolution keinen Erfolg versprechen und bitte, sie abzulehnen.

Herr v. Deth (n.): Als Kaufmann kann ich nicht einsehen, daß die Interessen der amerikanischen Holzexporteure zu erwärmen. Aber ich und meine Fraktion, wir wollen das Inter-

